

Wirksamer Schutz und Wiederherstellung der Thüringer Wälder

Agenda für eine liberale
Forstpolitik im Freistaat

Hallo Übermorgen.

Freie
Demokraten
FDP

Die Thüringer Wälder machen 34 % der Landfläche unseres Freistaats aus und sind Chance für die Menschen, für das Klima und für die Wirtschaft. Sie dienen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zwecken und sind damit multifunktional. Der Wald bietet Tieren und Pflanzen einen Lebensraum und spielt eine große Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. Ein Hektar Wald speichert bis zu 3 Millionen Liter Wasser, filtert Schadstoffe aus der Luft und die Humusvorräte im Wald bilden einen gigantischen CO₂-Speicher. Für den Schutz der Artenvielfalt ist der Erhalt der Wälder von unschätzbarem Wert. Unsere Wälder bringen auch zahlreiche gesamtgesellschaftliche Vorteile mit sich, beispielsweise für die Gesundheit des Menschen, die Erholung und den Tourismus. Die sozioökonomische Bedeutung der Wälder ist hoch, wird jedoch häufig unterschätzt und nie bezahlt. So trägt die Forstwirtschaft zur ländlichen Entwicklung bei und ist mit 40.000 Arbeitsplätzen einer der größten Arbeitgeber in Thüringen. Bedeutende Wirtschaftszweige sind die Zellstoff- und Papierindustrie, die Möbelindustrie, das Holzbauwesen und das Holzhandwerk.

Die Bedrohung der Wälder durch Stürme, Schneebruch, Trockenheit und vor allem Borkenkäferplagen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Allein in den vergangenen zwei Jahren sind in Thüringen zirka 500.000 Festmeter Buche vertrocknet und 3 Millionen Festmeter Fichtenholz durch den Borkenkäfer zu Schaden gekommen. Um die Widerstandsfähigkeit des Waldbestands zu verbessern, schlagen wir einen kohärenten und ganzheitlichen Ansatz in Bezug auf die Waldbewirtschaftung vor und setzen auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Waldwirtschaft und der Zivilgesellschaft. Die Strategie beinhaltet die wichtigsten Grundsätze, die notwendig sind, um die akute Problemlage zu meistern, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in ländlichen Gebieten zu verbessern, während gleichzeitig der Schutz der Wälder und die Erbringung von Ökosystemleistungen sichergestellt werden. Handeln wir JETZT!

1. Kurzfristige Maßnahmen zum Schutz der Wälder und der Forstwirtschaft intensivieren

Die durch den Klimawandel verursachten Schäden sind immens. Sturm, Dürre und der Borkenkäfer haben dem Wald massiv zugesetzt. Um ein Absterben ganzer Wälder zu verhindern und einen ordnungsgemäßen Fortgang des Forstbetriebs zu gewährleisten, setzen wir auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das neben finanziellen Anreizen für die Waldbesitzer auch eine personelle und organisatorische Unterstützung vorsieht. Einzig wirksame Gegenwehr zum Schutz der Wälder sind rascher Einschlag und Abfuhr und wo möglich die Entrindung der befallenen Stämme. Wenn das eingeschlagene Holz aufgrund fehlender Arbeitskräfte nicht aus dem Wald abtransportiert werden kann, muss das Holzlager mit Insektizid behandelt werden, um eine Ausbreitung auf den gesamten Wald zu verhindern.

Auch wenn das tote Holz weitestgehend nicht kostendeckend einzuschlagen ist, muss es wegen Insektendruck und Brandlast aus dem Wald abtransportiert werden. Hier muss der Bund Hilfen zur Verfügung stellen. Kurzfristig ist es wichtig, das zulässige Transportgewicht bei 44 Tonnen bis ins Jahr 2020 zu belassen und diese Tonnageerhöhung auch länderübergreifend zu etablieren. Darüber hinaus setzen wir uns für alternative Entlastungsmöglichkeiten ein. Entsprechend der Forderungen des Landesforstauschusses soll der Freistaat stehendes und liegendes Totholz ankaufen. Dadurch können wertvolle Waldökosystemleistungen gesichert werden, bspw. Boden- und Erosionsschutz. Dies entlastet den ohnehin bereits kollabierten Markt für Holzaufarbeitung und Verkauf. Weiterhin könnte etwa totes Holz als Hackschnitzel in deutschen Kraftwerken als Aktion des Bundes verbrannt oder nach China exportiert werden. Zu erwägen ist auch die Verarbeitung zu Holzkohle, die dann als regionales Produkt verkauft werden könnte. Überdies wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit ausbauen und gezielte Fortbildungsveranstaltungen und vor-Ort Schulungen anbieten. Dazu gehört auch eine Informationskampagne, um entsprechend der Flächenart Fördermittel des Landes und des Bundes unbürokratisch abzurufen.

In Anbetracht der zu ergreifenden Maßnahmen stehen die Waldbesitzer, Forstleute und Forstbetriebe vor großen Herausforderungen und einem enormen Arbeitseinsatz. Um die betroffenen kleinen und mittleren Waldbesitzer, Kommunen, Waldgenossenschaften und Kirchengemeinden zu unterstützen, wollen wir die bestehenden Förderinstrumente entsprechend des Beschlusses des Landesforstauschusses umgehend aufstocken. Neben der Intensivierung der Anlage von Holzlagerplätzen außerhalb des Waldes wollen wir die Einlagerung der Hölzer, etwa durch den Aufbau von Nasslagerkapazitäten nach bayerischem Vorbild, finanziell unterstützen. Die beschlossenen Hilfgelder müssen schnellstmöglich bei den Waldbesitzern ankommen.

2. Langfristigen Waldumbau innovativ statt ideologisch fortführen

Um die Multifunktionalität unserer Wälder langfristig zu erhalten, wollen wir durch gezielte Maßnahmen einen langfristigen Waldumbau vollziehen. Dieser Prozess hin zu naturnahen, bewirtschafteten Mischwäldern mit einem standortangepassten Baumartenmix ist bereits eingeleitet und muss fortgesetzt werden. Den Waldumbau erreichen wir nicht mit Verboten, sondern nur durch Nutzung modernster und bodenschonender Technik. Wir setzen bei der Waldbewirtschaftung auf neueste naturschonende Innovationen statt auf rückwärtsgewandte Technikverbote. Entsprechend sollte auch im Bereich der Forschungsförderung ein Schwerpunkt auf Innovationen bei der naturnahen Waldbewirtschaftung gesetzt werden. Etwa bei der Nutzung von Holz aus Waldbrandgebieten, der Lagerung von Schadholz in Gewässern oder der verstärkten Entwicklung von Produkten aus Laubholz. Die Versuchsflächen in Gotha sind dabei ein wichtiger Bestandteil.

Die richtige Lösung in der Wahl der Baumarten zur Wiederaufforstung ist standortabhängig und muss von den Verantwortlichen vor Ort getroffen werden. Auch die Fichte wird weiter eine Rolle spielen. Es muss dabei aber möglich sein, auch Arten, die vor der Eiszeit in Deutschland vorhanden waren, wieder vermehrt einzusetzen. Versuche mit resistenteren Varianten von Baumarten sind zu prüfen. Um dennoch den weiterhin großen Anteil an Nadelwäldern klimastabil zu gestalten, ist der Anbau von trockenresistenteren, weniger risikobehafteter Baumarten wie der Douglasie oder anderer nordamerikanischer Baumarten unumgänglich. Die Douglasie und andere Nadelhölzer sind von hoher wirtschaftlicher Bedeutung und werden im vor allem im Bausektor (etwa für Balken im Dachstuhl) benötigt. Der zunehmende Bedarf an Holzprodukten setzt daher einen produktiven Wald voraus. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für eine Novellierung der Landesbauordnung ein. Um Holz verstärkt im Bau nutzen zu können, wollen wir die nicht mehr zeitgemäßen Beschränkungen des mehrgeschossigen Holzbaus abschaffen. Für Bauvorhaben des Landes und der Gebietskörperschaften wollen wir eine verbindliche Holzbauquote von mindestens 25% festlegen.

Für den Umbau unserer Wälder setzen wir auf ein Standortinformationssystem nach bayerischem Vorbild. Das System ist ein zielführendes Projekt für Thüringen und soll dabei helfen, Chancen und Risiken bei der Zusammenstellung klimaangepasster Baumartenportfolios im Rahmen der Beratung gegeneinander abzuwägen. Als Expertensystem nimmt es dabei keine Entscheidungen vorweg, sondern liefert Grundlagen für eine durch Informationen abgesicherte Beratung des Waldbesitzers. Oberstes Ziel muss der Erhalt des Waldes und die Gewährleistung der CO₂-Speicherung sein, um die andernfalls drohende Hochwassergefahr zu bannen.

3. Waldrodungen vermeiden – Brachflächen aufforsten

Zum Schutz der Wälder gehört auch, Rodungen weitestgehend zu vermeiden. Durch die Förderung der Windenergie im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurden ökologisch nicht sinnvolle Waldrodungen erst wirtschaftlich gemacht. Wir Freie Demokraten wollen die Wiederaufforstung und keine Windräder im Wald, denn die sind ökologisch nicht sinnvoll. Zuwege und übergroße Fundamente zerstören die Struktur des Waldes. Überdies werden Windkraftanlagen von sehr vielen Menschen in den betroffenen Regionen leidenschaftlich abgelehnt. Ebenso wollen wir – mit Ausnahme bereits planfestgestellter Maßnahmen – auch keine Waldrodungen mehr für die Gewinnung von Energie mittels fossiler Energieträger zulassen. Wir fordern, dass das im Landesentwicklungsprogramm festgeschriebene „Climate Proofing“ endlich umgesetzt wird. Dabei sind bei Landnutzungen und Nutzungsartenänderungen (Waldrodungen, Erstaufforstungen) jeweils die Klimaauswirkungen objektiv zu bewerten und gegeneinander abzuwägen. Auch beim Klimaschutz müssen Argumente mehr gelten als Vermutungen und Ängsten.

Aufforstungen sind das kosteneffektivste Mittel des Klimaschutzes. Die CO₂-Bindungskosten sind relativ gering; darüber hinaus erbringen neue Wälder positive volkswirtschaftliche und ökologische Beiträge. Im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel halten wir Freie Demokraten zudem die Aufforstung vorhandener Brachflächen für eine geeignete Maßnahme, um verstärkt CO₂ hierzulande im Boden sowie in Bäumen zu binden. Aufforstungen sind auch aufgrund der Vorgaben der LULUCF-VO die einzige realistische Option, um Emissionen des Ackerbaus auszugleichen. Daher sollen vor allem auch erosionsgefährdete Ackerflächen, mit ohnehin geringer Ertragskraft für die Neuwaldbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitstellung der öffentlichen Leistung „CO₂-Bindung“ und der damit verbundene Wertverlust, ist den Grundeigentümern zu ersetzen.

4. Wälder naturnah bewirtschaften

Unsere naturnahen Wälder werden bereits seit Jahrhunderten überwiegend nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit bewirtschaftet, das heutzutage im Waldgesetz verbindlich vorgeschrieben ist. Jährlich werden 127 Mio. Tonnen CO₂ im Holz gespeichert, mehr als die Hälfte davon durch die Nutzung. Die ideologisch motivierte Stilllegung von Waldflächen lehnen wir Freie Demokraten grundsätzlich ab. Im nicht-bewirtschafteten Wald verrottet das gefallende Holz und setzt CO₂ rasch wieder frei. Der großflächige Ausfall der Buchen ist geradezu ein Beweis dafür das romantisch verklärte „Urwälder“ - die sich überwiegend zu Buchenwäldern entwickeln - nachhaltig bewirtschafteten (Misch-)wäldern nicht überlegen sind. Holz in stofflicher Verwendung ist der ökologischste Rohstoff, dessen Nutzung positiv ist. Eine Wiederbewirtschaftung bereits stillgelegter Flächen muss geprüft werden.

5. Jagd ist Natur- und Tierschutz

Zu hohe Schalenwildbestände gefährden Pflanzungen und Naturverjüngungen. Daher ist auf angepasste Wildbestände hinzuwirken. Die Jägerschaft hat ihren Beitrag zu leisten. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Dialog zwischen Waldbesitzern und Jägern. Die forstlichen Verbände, der Landesjagdverband und auch der ökologische Jagdverband sind zu beteiligen. Schutzzäune sind aus ökologischen sowie betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen zu vermeiden. In Anlehnung an die Förderung in Bayern, sollte in Thüringen eine gelungene gemischte Naturverjüngung stärker gefördert werden, als der mechanische oder chemische Schutz künstlich begründeter Kulturen. Vorrang und Vorzüge der Naturverjüngung müssen sich auch in der Förderpolitik niederschlagen. Zu lange wurden hohe Wilddichten durch die Förderung von Zäunen und künstlicher Verjüngung staatlich quersubventioniert.

Jagd und Hege sind an Grund und Boden gebunden. Der Eigentümer hat es in der Hand, in seinen Jagdpachtverträgen den Waldschutz zu regeln. Die Jagdpachtverträge müssen entsprechend gestaltet sein, so dass zum Beispiel ein Zaun zur Hälfte oder ganz von dem Jagdpächter mit bezahlt wird. Hierfür müssen die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen werden. Überkommene Beschränkungen der Vertragsfreiheit im Bereich der Jagdpacht müssen abgeschafft werden. Das erhöht die Motivation zielgerichteter zu jagen. In der Vergangenheit hat es sich bewährt, dass Jagdreviere an regionale ansässige Jäger zu verpachten. Die Situation der Wilddichte ist lokal unterschiedlich, so dass die Entscheidung stets standortabhängig vor Ort getroffen werden muss. Die Wildbestandsreduktion kann dabei zwischen Waldbesitzer und Jäger besprochen und durch punktuelle Schwerpunktjagd erfolgen. Dagegen hat die Forstverwaltung bei den staatlichen Waldflächen die Nutzung und Leitung des Jagdrechts (Regiejagd) selbst in der Hand.

Viele Jäger verstehen auch die Sorgen der Waldbesitzer und haben selbst ein Interesse an einem intakten Wald. Der Wald muss aber auch so aufgebaut sein, dass genügend Äsungsflächen vorhanden sind. Das rechtliche Instrumentarium für diese Vorgehensweise ist ausreichend und muss konsequent angewendet werden.

Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, die staatliche Verwaltung der Jagd zu rationalisieren und zu entbürokratisieren. Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass theoretische Abschusspläne u.ä. keinerlei praktische Auswirkungen auf der Fläche haben. Ihre Kontrolle ist für die unteren Jagdbehörden praktisch unmöglich. Sie sind ebenso wie die quartalsweisen Abschussmeldungen so weit wie möglich abzuschaffen. Jagdzeiten sollten harmonisiert und flexibilisiert werden.

6. Waldbrände effektiv bekämpfen

Lange Trockenperioden erhöhen die Gefahr von Waldbränden. Auf den Ernstfall muss das Land Thüringen vorbereitet sein. Es fehlen vor allem die nötige technische Ausrüstung und die spezifische Ausbildung von Feuerwehrkräften. Insbesondere fehlen Löschhubschrauber, die sinnvollerweise zusammen mit anderen Bundesländern angeschafft werden sollten.

Um Waldbränden in Zukunft vorzubeugen und sie besser zu bekämpfen fordern wir Freie Demokraten eine personelle, organisatorische und finanzielle Weiterentwicklung der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz. Dabei hat eine bedarfsgerechte Ausbildung der ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und -männer höchste Priorität. Um den Anforderungen an eine moderne Ausbildung der Feuerwehrleute gerecht zu werden, ist es erforderlich, dass neben dem Personal und der feuerwehrtechnischen Ausstattung auch die baulichen Voraussetzungen gegeben sind. Hierzu gehören ausreichend große Gerätehäuser und Schulungsräume mit modernster Medientechnik. Ein Großteil der Gerätehäuser entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Technik und sollte nachgebessert werden. Im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel muss sich der Bund an der spezifischen Ausbildung von Feuerwehrkräften zur Bekämpfung von Waldbränden beteiligen. Dies ist ein Gebot der Fairness, da zahlreiche Waldflächen, vor allem solche mit Munitionsbelastung, im Eigentum des Bundes sind.

Um im Waldbrandfall schnelle und konzentrierte Maßnahmen zu ergreifen, brauchen die Feuerwehren in stark bewaldeten Regionen Löschteiche und ausreichend Löschfahrzeugwege, um schnell an Brandherde heranfahren zu können. Im Rahmen der Wiederaufforstung zerstörter Waldflächen des Bundes fordern wir daher, die Gelegenheit zu nutzen, in Abstimmung mit den Kommunen eventuelle Defizite bei der Aufforstungsplanung zu berücksichtigen. Zudem ist es dringend erforderlich, Übungen zwischen Polizei, Feuerwehren oder dem Technischen Hilfswerk und der Bundeswehr durchzuführen. Auch müssen Waldbesucher deutlicher auf die Verhaltensempfehlungen zu den jeweiligen Waldbrandgefahrenstufen hingewiesen werden.

Rund 95 % der Waldbrände werden durch Waldbesucher verursacht, die den Wald zur Erholung aufsuchen. Da das allgemeine Betretungsrecht zu Erholungszwecken gesetzlich verankert ist, stellt die Abwehr der sich daraus ergebenden Gefahren eine gesellschaftliche Verantwortung dar. Die bisherige Regelung zu den Waldbrandkosten des Thüringer Waldgesetzes wollen wir daher erhalten. Hierfür müssen ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Anstelle einer staatlichen Absicherung sollte das bisherige System durch die Wahlmöglichkeit einer freiwilligen Waldbrandversicherung ergänzt werden.

7. Umfassendes Wald-Monitoring einführen

Grundlage für eine nachhaltige Waldwirtschaft sind verlässliche Informationen über den Zustand der Wälder. Wir setzen uns dafür ein, die Forsteinrichtungsinventuren in kürzeren Intervallen zu tätigen und die Auswirkungen von waldbaulichen Anpassungen zu prüfen. Darüber hinaus fordern wir Freie Demokraten ein Waldschaden-Monitoring, das kontinuierlich einheitliche Parameter wie Sturmschäden, Waldbrände oder Schädlingsbefall überwacht. Dadurch müssen auch Klimaschäden dokumentiert werden, für die Waldbesitzer sicher nicht verantwortlich sind. Zudem können langfristige Prognosen zur Waldentwicklung erstellt und eine permanente Bewertung der Regenerationsfähigkeit unserer Wälder abgegeben werden.

8. Innovationen nutzen

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche muss auch in unseren Wäldern nutzbar gemacht werden. In vielen Wäldern fehlt zurzeit nicht nur ein mobiles Breitbandnetz – häufig ist die Verbindungsqualität noch nicht einmal zum Telefonieren geeignet. Der Ausbau des mobilen Breitbandnetzes bietet auch im Wald riesige Chancen. So könnten große Mengen Daten über den Zustand von Bäumen und Wäldern schnell erfasst werden. Denkbar ist, dass auf diese Weise Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (bspw. Drohnen) helfen, die Waldbewirtschaftung einfacher zu machen. Darüber hinaus wird auch die Alarmierung von Einsatzkräften bei Unfällen und Waldbränden schneller und einfacher, wenn das Mobiltelefon im Wald eine Verbindung zum Internet aufbaut.

Um eine Bodenversauerung in Wäldern mit einem zu niedrigem pH-Wert im Boden zu vermeiden, werden jährlich tausende Hektar Wald gekalkt. Allerdings werden längst nicht alle Waldflächen, die eine Kalkung nötig hätten, behandelt. Wir setzen uns dafür ein, dass Waldkalkungen in ausreichendem Umfang auf allen Flächen, an denen dies nötig ist, durchgeführt werden.

9. Waldbewirtschaftler unterstützen und beraten

Damit Waldbauern im Schadensfall schnell und einfach geholfen werden kann, wollen wir Freie Demokraten uns über den Bundesrat für eine Novellierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes einsetzen. Dieses zum Teil nicht mehr europarechtskonforme Gesetz muss generalüberholt werden. Waldbauern soll bei Großschadensereignissen wie Stürmen, langanhaltender Trockenheit oder Schädlingsbefall schnell und ohne Verzögerung geholfen werden. Darüber hinaus muss der Aufbau und die Inanspruchnahme einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage den Waldbauern unbürokratisch und einfach möglich sein. Die Betreuung der Wälder und die Beratung von Waldbesitzern und forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen muss gestärkt werden.

10. PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes beibehalten

Wir Freie Demokraten wollen die PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes beibehalten und lehnen Doppelzertifizierungen ab. Die staatlichen Thüringer Waldflächen und ebenso ein Teil des Privat- und Körperschaftswaldes (insgesamt 64% des Waldbestandes), sind bereits nach PEFC-Standard zertifiziert. Eine Zertifizierung nach FSC bringt keinen Mehrwert für die Klimastabilität, sondern verursacht enorme administrative Kosten, wie eine umfangreiche Untersuchung des FFK Gotha gezeigt hat. Der Privat- und Körperschaftswald bräuchte einen komplett eigenen Prozess und würde daher wahrscheinlich gänzlich auf Zertifizierung verzichten. Außerdem gibt es bei diesem System zu enge Grenzen für alternative klimaresistente Baumarten.

11. Internationale Zusammenarbeit intensivieren

Wir können unserer Wälder in Thüringen, Deutschland und Europa nur durch eine gut durchdachte Gesamtstrategie schützen, die alle Faktoren berücksichtigt und sich aus mehreren Bausteinen zusammensetzt. Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Forststrategie und setzen uns über den Bundesrat und den Thüringer Vertreter im europäischen Ausschuss der Regionen für eine stärkere Zusammenarbeit in forstbezogenen Angelegenheiten ein. Wir unterstützen den Vorstoß der Europäischen Kommission, eine EU-Beobachtungsstelle einzurichten, die Veränderungen der weltweiten Bewaldung und der damit verbundenen Risikofaktoren auch unter Einsatz des Copernicus-Satellitensystems überwachen und messen soll.

Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen Kommission, durch eine Neuausrichtung öffentlicher und privater Finanzmittel, Anreize für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und nachhaltige forstbasierte Wertschöpfungsketten sowie für die Erhaltung bestehender und Sanierung zusätzlicher Waldflächen zu setzen. Danach beabsichtigt die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Mechanismen zu prüfen, mit denen potenziell grüne Finanzmittel für Wälder mobilisiert sowie zusätzliche und umfangreichere Finanzmittel aufgebracht werden können.

Wir setzen uns über den Bundesrat für eine Mitwirkung des Bundes an der Einrichtung einer europäischen Löschflugzeugflotte im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzverfahrens (RescEU) ein. RescEU wird eingreifen, wenn die Mitgliedstaaten nicht über genügend Einsatzmittel verfügen, um angemessen auf eine Katastrophe wie etwa die verheerenden Waldbrände in Südeuropa (2017) und in Schweden (2018) zu reagieren. Deutschland wäre wegen der zentralen Lage in Europa gut als ein Stützpunkt für eine Flotte von Löschflugzeugen geeignet.

12. Forstpolitik für alle – Agenda für alle Waldbesitzarten

Weniger als die Hälfte der Waldfläche in Thüringen sind im Eigentum des Landes oder des Bundes. Forstpolitik muss daher die Perspektiven und Interessen von kommunalen, genossenschaftlichen, kirchlichen und privaten Waldeigentümern im Auge behalten, um auf der Fläche wirksam werden zu können. Auch private Waldeigentümer unterliegen den engen Vorgaben des Thüringer Waldgesetzes und erbringen wertvolle Gemeinwohlleistungen. Für diese öffentlichen Belastungen und Leistungen sollte ein angemessener Ausgleich erfolgen („öffentliches Geld für öffentliche Dienstleistungen“).

Die breite Streuung des Waldeigentums in Thüringen trägt zur Stabilität und Vielfalt der Waldlandschaft in unserem Land bei. Wir bekennen uns zu dieser Eigentumsverteilung. Private wirtschaften grundsätzlich auf eigene Rechnung und eigenes Risiko. Zu den Grundsätzen liberaler Ordnungspolitik gehört für uns aber auch, dass Risiken und Schäden von denjenigen getragen werden, die sie verursachen. Die Waldeigentümer haben den Klimawandel nicht verursacht, sondern seine Folgen lange Jahre abgemildert. Nun spüren sie als erste die volle Wucht der Klimaerwärmung. Sie haben daher Anspruch auf Unterstützung bei der Anpassung an die Klimafolgen und Bewältigung der enormen Waldschäden.



Erfahren sie mehr unter: fdp-thueringen.de

Freie Demokratische Partei Landesverband Thüringen, Liebknechtstraße 16a, 99085 Erfurt

Telefon: 0361/ 345 59 19 E-Mail: lgs-thueringen@fdp.de